

Entscheide des Bundesgerichts, I. sowie II. sozialrechtliche Abteilung

Urteile veröffentlicht im Mai 2018

## **AHV**

Urteil vom 12. April 2018

9C\_538/2017

Abgrenzung selbständige/unselbständige Erwerbstätigkeit

Art. 8 bis Art. 10 ATSG

Wenn die selbständige von der unselbständigen Erwerbstätigkeit abzugrenzen ist, sind alle von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien heranzuziehen (E. 5.2.1). Umschreibung des wirtschaftlichen Risikos, welches für die selbständige Erwerbstätigkeit typisch ist (E. 5.2.2).

Urteil vom 14. Mai 2018

9C\_444/2017

Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit; Abgrenzung Privatvermögen vom Geschäftsvermögen; Dividenden

Art. 4 Abs. 1, Art. 9 Abs. 1 AHVG, Art. 17 AHVV

Umschreibung des Geschäftsvermögens im Sinne von Art. 18 Abs. 2 Satz 3 DBG (E. 3.1). Klärung der Frage, ob im konkreten Fall die Liegenschaften, welche Alternativgüter bilden, zum Geschäftsvermögen oder zum Privatvermögen gehören (E. 3.2, 3.3). Ausschlaggebendes Zuteilungskriterium ist die aktuelle technisch-wirtschaftliche Funktion des fraglichen Vermögensgegenstandes (E. 3.2.2).

## **IV**

Urteil vom 12. April 2018

9C\_92/2018

Frage nach der hypothetischen Tätigkeit ohne gesundheitliche Einbusse; Berechnung des Invaliditätsgrades

Art. 16 ATSG

Im konkreten Fall ist auf Grund der massgebenden Akten davon auszugehen, dass die versicherte Person ohne gesundheitliche Einbusse zu 100 % erwerbstätig wäre (E. 3.4). Berechnung des Invaliditätsgrads unter Abstützung auf statistische Löhne (E. 4.1, 4.2).

Urteil vom 20. April 2018

9C\_833/2017

Bestimmung des Valideneinkommens; Tabellenlohn

Art. 16 ATSG

Die gesundheitlich bedingte Unmöglichkeit, körperlich schwere Arbeit zu verrichten, führt nicht automatisch zu einer weiteren Verminderung des hypothetischen Invalidenlohns (E. 5.1). Die IV-Stelle kann vor Bundesgericht nicht (erstmalig) weniger beantragen, als sie selber zugesprochen hat; es bleibt ihr aber unbenommen, gewisse Teilaspekte rechtlich anders zu würdigen (E. 5.4).

Urteil vom 20. April 2018

9C\_886/2017

Rentenaufhebung; Wiedererwägung beziehungsweise Anpassungsprüfung

Art. 53 Abs. 2 ATSG

Voraussetzungen der Wiedererwägung im Zusammenhang mit einer bisher gewährten Rente (E. 3.2). Selbst wenn angenommen würde, die bei Rentenzusprache im Jahr 1999 vorhandenen Arztberichte würden aus heutiger Sicht nicht in allen Teilen überzeugen, ist damit die ursprüngliche Rentenzusprache nicht zweifellos unrichtig (E. 3.5.3).

Urteil vom 20. April 2018

9C\_147/2018

Art. 6 Abs. 1 EMRK, Art. 44 ATSG

Prinzip der Waffengleichheit gemäss Art. 6 Abs. 1 EMRK (E. 3.2). Soweit die Begutachtungsstelle im Sinne von Art. 72<sup>bis</sup> Abs. 2 IVV nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurde, können die entsprechenden Sachverständigen nicht als Personen betrachtet werden, welche von der IV angestellt sind und damit versicherungsinterne Ärztinnen und Ärzte wären (E. 3.3).

Urteil vom 25. April 2018

8C\_779/2017

Vergleichseinkommen für rentenrelevante Invalidität

Art. 16 ATSG

Festlegung des Valideneinkommens unter allfälliger Berücksichtigung von einem beruflichen Aufstieg (E. 4.2, 4.3). Ausscheiden des Soziallohnes beim Invalideneinkommen (E. 5.2). Das Bestehen von verwandtschaftlichen Beziehungen oder ein früheres langjähriges Arbeitsverhältnis können Indizien für die Annahme eines Soziallohnes darstellen (E. 5.2).

Urteil vom 2. Mai 2018

9C\_358/2017

Wiedererwägung; zeitliche Wirkung; gemischte Methode der Invaliditätsbemessung

Art. 16, Art. 53 Abs. 2 ATSG; Art. 28a IVG

Bei Vorliegen der Voraussetzungen für ein wiedererwägungsweises Zurückkommen auf eine formell rechtskräftige Verfügung gilt es, mit Wirkung ex nunc et pro futuro einen rechtskonformen Zustand herzustellen. Dabei muss der Invaliditätsgrad auf der Grundlage eines richtig und vollständig festgestellten Sachverhaltes im Zeitpunkt der (angefochtenen) Verfügung ermittelt werden (E. 4.4).

Urteil vom 4. Mai 2018

9C\_294/2017

Ausgeglichener Arbeitsmarkt; Nischenarbeitsplätze

Art. 16 ATSG

Vom ausgeglichenen Arbeitsmarkt werden auch Nischenarbeitsplätze erfasst. Bei Nischenarbeitsplätzen kann die betreffende Person mit einem sozialen Entgegenkommen von Seiten des Arbeitgebers rechnen (E. 5.4.2).

Urteil vom 7. Mai 2018

9C\_827/2017

Unentgeltliche Rechtsvertretung; rückwirkende Aufhebung der unentgeltlichen Vertretung

Art. 37 Abs. 4 ATSG

Die Frage nach dem Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung ist zu trennen von der Frage, ob eine Pflicht besteht, eine erhaltene staatliche Leistung zurückzuerstatten (E. 3.3). Ob Art. 65 Abs. 4 VwVG bezogen auf Art. 37 Abs. 4 ATSG anwendbar ist, ist in der Literatur umstritten (E. 3.4). Das ATSG enthält keine Grundlage dafür, eine Nachzahlung der Kosten der unentgeltlichen Rechtsvertretung für das Verwaltungsverfahren oder die rückwirkende Aufhebung der unentgeltlichen Rechtsvertretung festlegen zu können (E. 3.5.3).

Urteil vom 8. Mai 2018

8C\_211/2018

Invaliditätsgrad; Invalideneinkommen; Abzug betreffend nur noch möglicher Teilzeittätigkeit vom Tabellenlohn

Art. 16 ATSG

Bei Männern mit gesundheitlich bedingt nur noch möglicher Teilzeittätigkeit ist ein Abzug vom Tabellenlohn nicht mehr automatisch vorzunehmen. Bei Personen, welche grundsätzlich vollzeitlich arbeitsfähig sind, jedoch krankheitsbedingt reduziert leistungsfähig sind, wird in der Regel kein zusätzlicher Abzug anerkannt (E. 4.4).

Urteil vom 9. Mai 2018

8C\_605/2017

Observation; Verwertbarkeit der Observationsergebnisse

Art. 43 ATSG

Wenn Observationsergebnisse teilweise nicht verwertbar sind, weil sie nicht im öffentlich frei einsehbaren Raum angefertigt wurden, führt dies nicht zur Unverwertbarkeit des Überwachungsberichts als Ganzem (E. 6.3). Wenn die Widerrechtlichkeit das Verhalten der Person auf einem strassenseitigen Balkon betrifft, kann nicht von einer schweren Verletzung der Persönlichkeit ausgegangen werden. Die entsprechenden Observationsergebnisse können uneingeschränkt verwertet werden. (E. 7.2).

**EL**

Urteil vom 9. Mai 2018

9C\_596/2017

Berechnung der Ergänzungsleistungen; Möglichkeit des Bezugs eines Assistenzbeitrags

Art. 14 ELG

Von Bundesrechts wegen besteht keine Pflicht respektive Obliegenheit zum Bezug von „assistenzbeitragsfähigen“ Leistungen zwecks Reduktion der Kostenvergütung im Rahmen der Ergänzungsleistungen (E. 2.5).

Urteil vom 14. Mai 2018

9C\_132/2018

Rückerstattung; Beginn der einjährigen Verwirkungsfrist

Art. 25 Abs. 2 ATSG

Rechtsprechung zur Frage, wann die einjährige relative Verwirkungsfrist zu laufen beginnt. Was früher gemachte Angaben im Anmeldeformular zum Bezug von Ergänzungsleistungen und die Frage betrifft, ob diese Angaben seinerzeit auch richtig umgesetzt worden sind, ist festzuhalten, dass allfällige Fehler bei der periodischen, mindestens alle vier Jahre vorzunehmenden Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse erkennbar sind; die relative einjährige Verwirkungsfrist beginnt in diesem Zeitpunkt zu laufen, wenn der Rückforderungsanspruch als solcher und betragsmässig feststeht (E. 3.2).

**BV**

Urteil vom 12. April 2018

9C\_45/2018

Beitragsforderung; Einrede der Verjährung

Art. 41 Abs. 2 BVG

Im Bereich der beruflichen Vorsorge ist die Verjährung zu berücksichtigen, wenn eine entsprechende Einrede erhoben wurde (E. 3.1).

Urteil vom 16. April 2018

9C\_495/2017

Überentschädigungsberechnung; Überentschädigungsgrenze und anrechenbare Leistungen

Art. 34a Abs. 1 BVG

Es ist von einer grundsätzlichen Kongruenz von Valideneinkommen und mutmasslich entgangenem Verdienst auszugehen. Dasselbe gilt für Invalideneinkommen und zumutbarerweise noch erzielbaren Erwerbseinkommen (E. 3.3.1). Die Verwertbarkeit der Arbeitsfähigkeit kann hinsichtlich der persönlichen Umstände und der tatsächlichen Lage auf dem im Einzelfall relevanten Arbeitsmarkt überprüft werden (E. 3.4.2).

Urteil vom 24. April 2018

9C\_299/2017

Reglementarisches Todesfallkapital; Abgrenzung vom Anspruch auf eine Invalidenrente

Art. 26 Abs. 1 BVG

Wenn die Vorsorgeeinrichtung wegen Überentschädigung keine Invalidenrente ausrichtet, ändert dies nichts daran, dass der Vorsorgefall Invalidität eingetreten ist; bezogen auf einen anschliessend erfolgten Tod kann damit nicht die Ausrichtung eines Todesfallkapitals verlangt werden, soweit dieser bei vorangehendem Eintritt der Invalidität nicht besteht (E. 4.1).

Urteil vom 9. Mai 2018

9C\_630/2017

Anspruch auf Invalidenrente der beruflichen Vorsorge

Art. 23 BVG

Unterbruch des zeitlichen Konnexes (E. 3). Eine Vorsorgeeinrichtung, die ihre Leistungspflicht damit bestreitet, die Arbeitsfähigkeit sei bereits zu Beginn des Vorsorgeverhältnisses gesundheitlich bedingt eingeschränkt gewesen, trägt hierfür die Beweislast nach Art. 8 ZGB (E. 3).

**KV**

Urteil vom 23. April 2018

9C\_202/2018

Abgrenzung der Risikoschwangerschaft von der pathologischen Schwangerschaft

Art. 29 Abs. 1 KVG, Art. 5 ATSG

Abgrenzung der Risikoschwangerschaft von der pathologischen Schwangerschaft (E. 4.3). Spezifische Mutterschaftsleistungen fallen nur bei der Risikoschwangerschaft, nicht hingegen bei der pathologischen Schwangerschaft in Betracht (E. 4.5). Soweit Art. 64 Abs. 7 lit. b KVG eine bestimmte Leistungsgewährung vorsieht, ist die Rechtsprechung nach Art. 190 BV daran gebunden. Es ist primär Aufgabe der Gesetzgebung, die im Rahmen des Versicherungssystems beanspruchbaren Leistungen zu umschreiben (E. 5.2).

Urteil vom 30. April 2018

9C\_546/2017

Unterstellung unter die Krankenpflegeversicherung

Art. 3 Abs. 1 KVG, Art. 2 Abs. 1 lit. b KVV

Im vorliegenden Fall bestehen gewichtige Anhaltspunkte, dass die Absicht der betreffenden Person, dauerhaft in der Schweiz zu bleiben, auch für Dritte objektiv erkennbar gemacht wird und deutlich

manifestiert wird (E. 3.2). Klärung der Frage, ob sich die betreffende Person ausschliesslich zum Zweck der ärztlichen Behandlung in der Schweiz aufhält; dazu bestehende Rechtsprechung (E. 4.2).

Urteil vom 3. Mai 2018

9C\_583/2017

Leistungspflicht der Krankenversicherung; rupturierte Brustimplantate

Art. 24 Abs. 1, Art. 25 Abs. 1 KVG

Klärung der Leistungspflicht der Krankenpflegeversicherung bei rupturierten Brustimplantaten; es ist bezogen auf den Krankheitswert von Silikonaustritt irrelevant, ob die Implantate eine lebenslange Vorrichtung sind oder nicht (E. 3.2.3).

## **UV**

Urteil vom 16. April 2018

8C\_471/2017

Invalideneinkommen; Bestimmung der massgeblichen Tabelle; Leidensabzug

Art. 16 ATSG

Auch wenn die betreffende Person während den letzten 35 Jahren in einem bestimmten Sektor berufstätig war, ist für die Bestimmung des Invalideneinkommens auf das Total der Tabelle TA 1 abzustellen, wenn eine Tätigkeit in einem anderen als dem bisherigen Bereich in Betracht fällt (E. 4.3). Was den Leidensabzug bei Tabellenlöhnen betrifft, steht der kantonalen Gerichtsinstanz die Angemessenheitskontrolle zu. Das kantonale Versicherungsgericht kann ohne hinreichende Begründung seine eigene Einschätzung nicht an die Stelle der Einschätzung der Versicherung setzen (E. 5.2).

Urteil vom 18. April 2018

8C\_207/2018

Leistungskürzung; Beteiligung an Rauferei und Schlägerei

Art. 49 Abs. 2 UVV

Der Tatbestand der Beteiligung an Raufereien oder Schlägereien ist verschuldensunabhängig konzipiert und weiter gefasst als der Straftatbestand der Beteiligung an einem Raufhandel (E. 3.3). Konkretisierung des Begriffes der starken Provokation (E. 3.4).

Urteil vom 27. April 2018

8C\_204/2018

Unentgeltliche Vertretung im kantonalen Gerichtsverfahren; Rückzug der kantonalen Beschwerde

Art. 61 lit. f ATSG

Wenn das kantonale Gericht den Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung initial zwar bejaht, später das Verfahren in Folge Beschwerderückzugs abgeschrieben hat, ohne dabei den Aspekt der unentgeltlichen Vertretung zu regeln, fehlt es an einer hinreichenden Begründung (E. 3.3).

Urteil vom 27. April 2018

8C\_172/2017

Berechnung der Komplementärrente; Familienzulage als Teil des versicherten Verdienstes

Art. 31 Abs. 1 UVV

Allgemeine Grundsätze für die Berechnung der Komplementärrente (E. 3.2 bis 3.6). Abgrenzung der Zielsetzung der Kinderrente von der Familienzulage (E. 4.5). Es gehört zum Wesen jeder Versicherung, dass die Deckung nach Eintritt des befürchteten Ereignisses nicht neu begründet oder erhöht werden kann; Ausnahmen bräuchten eine gesetzliche Grundlage (E. 4.6). Dass die UV-Komplementärrente beim Dahinfallen oder beim Hinzukommen einer Kinderrente der AHV oder der IV neu zu berechnen ist, wird im Gesetz unmittelbar vorgesehen, weshalb ein Bezug zu einer Meldepflicht nicht besteht (E. 5).

Urteil vom 27. April 2018

8C\_709/2017

Ausstand; Kausalzusammenhang; unentgeltliche Rechtspflege

Art. 30 Abs. 1 BV, Art. 29 Abs. 3 BV

Anspruch auf unabhängiges und unparteiisches Gericht; eine unzulässige Mehrfachbefassung liegt bei einer Gerichtsperson, die an einem durch die Rechtsmittelinstanz aufgehobenen Entscheid beteiligt war und nach Rückweisung der Sache an der Neuurteilung mitwirkt, nicht vor (E. 2.1.1). Antizipierte Beweiswürdigung (E. 4.2.2). Im Zusammenhang mit einem Antrag um unentgeltliche Rechtsvertretung sind (Steuer-)Schulden bei der Beurteilung der prozessualen Bedürftigkeit zu berücksichtigen, soweit sie effektiv abbezahlt werden (E. 5.2).

Urteil vom 2. Mai 2018

8C\_856/2017



Karpaltunnelsyndrom; Kausalität; Beweislosigkeit

Art. 6 Abs. 1 UVG

Karpaltunnelsyndrom (E. 5.1, 5.2). Beweislosigkeit bezogen auf die Annahme, es müsse eine von der Suva-ärztlichen Stellungnahme abweichende Auffassung angenommen werden (E. 5.4).

Urteil vom 8. Mai 2018

8C\_759/2017

Parallelisierung der Vergleichseinkommen; Valideneinkommen

Art. 16 ATSG

Wenn das Einkommen von ungelernten Bauarbeitern dem Mindestverdienst gemäss Landesmantelvertrag entspricht, liegt kein unterdurchschnittliches Einkommen vor (E. 3.2.2).

## **FamZ**

Urteil vom 17. April 2018

8C\_866/2017

Anspruch auf Ausbildungszulage; Ausbildungsbegriff

Art. 3 Abs. 1 lit. b FamZG, Art. 49<sup>bis</sup> AHVV

Begriff der Ausbildung (E. 4.2). Im Rahmen von Art. 49<sup>bis</sup> Abs. 3 AHVV wird auf das tatsächlich erzielte Bruttoeinkommen (und nicht auf das Nettoeinkommen) abgestellt (E. 5.2.3). Wenn sich das Kind in einem Kalenderjahr in bestimmten Monaten im Praktikum befindet, werden diese Monate getrennt von den übrigen Zeiten betrachtet (E. 5.2.4).

Urteil vom 30. April 2018

8C\_77/2018

Rückerstattung; Anfechtung des Rückerstattungsentscheides

Art. 25 Abs. 2 ATSG

Voraussetzungen, damit eine Rückerstattungsverfügung bezogen auf die Festlegung der Rückerstattung angefochten ist; Abgrenzung gegenüber Erlassgesuch (E. 3.1, 3.2).

## **ALV**

Urteil vom 16. April 2018

8C\_67/2018

Arbeitsmarktliche Massnahme; Weiterbildung zur Chauffeuse Kategorie C

Art. 59 Abs. 1 und 2 AVIG

Ziel von arbeitsmarktlichen Massnahmen (E. 4.1). Entscheidend ist die Frage, ob der Arbeitsmarkt für Personen mit den Qualifikationen der betreffenden versicherten Person grundsätzlich Stellen bereithält und ob die betreffende Person aus persönlichen Gründen im Wettbewerb um diese Stellen benachteiligt ist (E. 4.2).

Urteil vom 16. April 2018

8C\_837/2017

Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung des Ehegatten einer arbeitgeberähnlichen Person

Art. 31 Abs. 3 lit. c AVIG

Rechtsprechung zum Ausschluss des Anspruches eines Ehegatten einer arbeitgeberähnlichen Person (E. 3.2). Hinweis darauf, unter welchen Voraussetzungen allenfalls ein Anspruch gegeben sein kann; massgebend ist ein Sachverhalt, in welchem die betreffende Person unabhängig von der arbeitgeberähnlichen Stellung des Ehegatten unfreiwillig arbeitslos geworden ist (E. 3.2).